

Der «Auswärtige» kam per Inserat nach Sirnach, längst ist er da daheim

Sirnach kennt wie andere Thurgauer Gemeinden das Vollamt für das Präsidium. Kurt Baumann hat den Wechsel aus seinem angestammten Beruf zum vollamtlichen Politiker auch deshalb gewagt, weil er zuvor als Milizpolitiker tätig war.



Die politische Gemeinde Sirnach besteht aus den Dörfern Sirnach, Busswil, Littenheid, Horben und Wiezikon und zählt rund 7800 Einwohnerinnen und Einwohner. Sie wirbt mit moderner Infrastruktur und hoher Wohn- und Lebensqualität.

Bild: Aus der Imagebroschüre der Gemeinde Sirnach

Das Inserat, das Kurt Baumanns Leben verändert hat, stand vor 20 Jahren in der Zeitung. Damals suchte die Thurgauer Gemeinde Sirnach einen Gemeindepräsidenten und schrieb die Stelle als eine der ersten Thurgauer Gemeinden per

Inserat aus – und öffnete so die Chancen für Kandidaturen weit über die Region hinaus. Kurt Baumann, aufgewachsen im Kanton Bern, war zu jener Zeit Vizegemeindevizepräsident im Kanton Aargau, und zwar in der kleinen Gemeinde Oberflachs mit damals 430 Einwohnerinnen und Einwohnern. Der SVP-Politiker trat als Auswärtiger zur Wahl an und gewann diese prompt mit 76 Prozent der Stimmen gegen einen einheimischen Kandidaten. Mit Baumanns Wahl war nicht nur ein Umzug vom Aargau in den Thurgau verbunden, sondern auch eine radikale Veränderung des politischen Amts. In Oberflachs hatte der gelernte Elektro-

ingenieur noch ohne weitere Umstände selbst Hand angelegt.

Als Gemeinderat Rasenmähen gelernt
So mähte er als Ressortverantwortlicher für die Schulliegenschaften den Sportrasen, wenn der Hauswart in den Ferien war. Baumann erinnert sich: «Ich war als Behördenmitglied teilweise tief operativ tätig. Die kleine Gemeinde gibt es mittlerweile nicht mehr, sie hat mit der Nachbargemeinde fusioniert. Meine ersten Erfahrungen im Milizsystem waren aber sehr wertvoll – und das professionelle Rasenmähen habe ich dabei auch gelernt.» In Sirnach wurde Baumann zum



vollamtlichen Politiker, denn der Kanton Thurgau kennt wie sein Nachbarkanton St. Gallen für Gemeindepräsidien in mittleren und grösseren Gemeinden das Vollamt. «Den Wechsel von meinem angestammten Beruf zum vollamtlichen Politiker verdanke ich dem Umstand, dass ich als Milizpolitiker in einer kleinen Gemeinde tätig sein durfte. Meine positiven Erfahrungen von damals motivierten mich, den Schritt zum Vollblutpoliti-



ker zu wagen. Ich habe dies nie bereut, obwohl ich mir immer bewusst war, dass es nach einer gewissen Zeit sehr schwierig sein würde, in den angestammten Beruf zurückzukehren». Der heute 61-jährige SVP-Politiker ist nicht in seinen Beruf als Elektroingenieur zurückgekehrt. Vielmehr geht er bereits in seine sechste Legislatur als Gemeindepräsident von Sirnach. Seit 2004 ist er ebenfalls Mitglied des Thurgauer Kantonsparlaments, aktuell sogar dessen Präsident. Seit 2011 ist Baumann zudem Verwaltungsrat und Präsident des Zweckverbands Abfallverwertung Bazenhaid, seit 2012 Präsident des Verbands Thurgauer Gemeinden und

seit 2013 Präsident der Regionalen Berufsbeistandschaft Bezirk Münchwilen. Kurt Baumann sagt, dass der Kanton Thurgau auf kommunaler Stufe einige Besonderheiten kennt. So sei in allen grösseren und auch in vielen mittleren Gemeinden das Amt des Gemeindepräsidenten in der Regel ein Vollamt oder ein hochprozentiges Teilamt. Was das bedeutet, erklärte der Sirnacher Gemeindepräsident unlängst am Forum der Thurgauer Kantonalbank, das im Zeichen der Milizarbeit stand. «Die übrigen Mitglieder der Gemeindebehörden arbeiten in aller Regel im Milizsystem, während viele Thurgauer Gemeindepräsidentinnen und -präsidenten durch das Vollerwerbsamt den Status der Milizarbeit natürlich nicht mehr haben.» Baumann sieht darin Vor- und Nachteile. «Gegenüber den übrigen Mitgliedern in einer Gemeindebehörde, die im Milizamt arbeiten, entsteht ein gewisses Gefälle an Wissen und an Einfluss. Das kann unter Umständen zu Spannungen führen, vor allem dann, wenn die Rollen nicht sauber geklärt sind.» Sonst aber erachtet Baumann die Mischung von Mitgliedern im Milizsystem und einem vollamtlichen Präsidium als positiv. Unter anderem hätten vollamtliche Gemeindepräsidenten die notwendige Zeit und Kapazität, um sich zu vernetzen und die Interessen der eigenen Gemeinde zu wahren. Gerade beim Verband Thurgauer Gemeinden (VTG), den Baumann präsidiert, sei dies besonders zu spüren. Es seien oft die Präsidentinnen und Präsidenten aus den mittleren und den grösseren Gemeinden, die Verbandsarbeit leisteten. «Das betrachte ich als Vorteil.»

Alternative Modelle, Entschädigung und Ausbildung

Angesichts der starken zeitlichen Belastung durch ein Milizamt – und der abnehmenden Bereitschaft von Arbeitgebern, ihren Mitarbeitenden den nötigen Freiraum für ein politisches Amt zur Verfügung zu stellen – sieht Baumann das Geschäftsleitungsmodell als Möglichkeit, um eine Milizbehörde zu entlasten. Das Modell, das in den Kantonen Zürich und Luzern bekannt ist, ist im Thurgau noch wenig verbreitet. Sirnach hat es vor sieben Jahren eingeführt. Dieses System trennt strikte zwischen strategischen (Behörde) und operativen (Geschäftsleitung) Aufgaben. Baumann: «Meine Erfahrung ist, dass dieses Modell zwar die Milizbehörde entlasten kann. Es stellt aber vermehrt Anforderungen an das Rollenverständnis von Behördenmitgliedern und Verwaltungskadern.» Ein zentraler Punkt ist in den Augen des Sir-



Kurt Baumann, Gemeindepräsident von Sirnach (TG).

Bild: zVg.

nacher Gemeindepräsidenten zudem die Entschädigung von Miliztätigen, die oft bescheiden ausfalle. Dies zeige auch eine Studie von Cornelia Büchi aus dem Jahr 2017. Sie komme zum Schluss, dass «Gemeinderäte kaum besser entschädigt sind als eine Reinigungskraft». Es solle keine fürstliche, aber eine angemessene Entschädigung gezahlt werden, findet Baumann, darin zeige sich auch die Wertschätzung für die Ausübung eines Amtes. Dafür brauche es ein austariertes Entschädigungssystem. Für die anspruchsvolle Tätigkeit in einer Gemeindebehörde sieht Baumann zudem Aus- und Weiterbildungen als notwendige Unterstützung. In diesem Bereich leiste der Verband Thurgauer Gemeinden einen wichtigen Beitrag mit dem Angebot von Seminaren und Lehrgängen, mit eigenen Angeboten oder mit Partnern zusammen. Vielleicht müsste in diesem Bereich zur Stärkung des Milizsystems in Zukunft aber noch mehr getan werden, meint er. Zum Beispiel im Bereich der Kommunikation zwischen Behörden und Bevölkerung. «Wir können die Bevölkerung in unseren Gemeinden nicht auswechseln, auch wenn wir dies vielleicht gelegentlich gerne tun würden. Wir können aber lernen, besser mit ihr zu kommunizieren.»

Aufgezeichnet von Denise Lachat

Infos:

www.vtg.ch; www.zab.ch; www.rbbm.ch